



ARBEITSBELASTUNG

Schichtdienst ist in Not

„Beim Wechselschichtdienst wird gedrückt, wo es geht“, ein DGL bringt auf den Punkt, was viele Polizistinnen und Polizisten erleben, wenn es um die Wertschätzung ihrer Arbeit geht. Beim Besuch der GdP vor Ort in Polizeiinspektionen bestätigen sich Klagen über fehlendes Personal und steigende Belastungen.

Der Wechselschichtdienst: Herzstück der polizeilichen Arbeit. Wichtigster Repräsentant der Polizei. Prägt entscheidend das Image unseres Berufes. Wenn man Führungskräfte fragt, bekommt der Polizeidienst rund um die Uhr höchste Wertschätzung beigemessen. Der Berufsalltag sieht nicht so sonnig aus. Der Arbeitsdruck ist ungemein hoch geworden. Die Zahl der zu bearbeitenden Fälle klettert Jahr für Jahr nach oben. Zunehmend werden selbst Diebstahlserien und Betrügereien im Wechselschichtdienst bearbeitet. Und das alles mit einem Personalstand, der in vielen Dienststellen die Frage aufwirft, ob im Falle eines Falles zeitnahe Hilfe durch andere Streifen zur Verfügung steht, wenn Gefahr für Leib und Leben droht.

Beispiel PI Grünstadt: Häufig versehen nur vier Polizistinnen und Polizisten den Dienst. Über Tag helfen die Bezirksbeamten oder andere Sachbearbeiter, wenn Not ist. Aber in den Nachtstunden oder an Wochenenden muss Unterstützung von den großen PI'en Worms oder Frankenthal angefordert werden. Heinz-Werner Gabler vom GdP-Vorstand: „Das kann fatale Folgen haben. Es ist nicht hinzunehmen, dass Polizistinnen und Polizisten solchen Gefährdungen ausgesetzt sind, weil zu wenig Personal zur Verfügung steht.“

Beispiel Mainz: Die PI 3, zuständig für rund 100 000 Bürgerinnen und Bürger, soll im Wechselschichtdienst über 57 Polizistinnen und Polizisten verfügen.



GdP vor Ort bei der Mainzer PI 2 – es gibt eine Menge Arbeit und der Personalstand ist unbefriedigend.

Durch Abordnungen und andere längerfristige Ausfälle stehen zwölf weniger zur Verfügung, also eine gut besetzte Dienstgruppe weniger. Im Flexi-Dienst behilft sich die PI mit variablen Einsatzstärken zwischen 1:4 in der Frühe und 1:7 in den anforderungsintensiven Phasen. Nachts reicht die Personaldecke für 1:5. PI-Leiter Günter Schneider: „Alle sind super motiviert, verfügen über eine sehr gute Ausbildung. Aber die Belastung geht wirklich an die Grenze.“

So sieht es auch Achim Zahn, Leiter der PI 2: „Nicht selten kommen Kollegen und sagen, ich kann nicht mehr.“ Statt vorgesehenen 82 Beamtinnen und Beamten kann er nur 61 im Wechselschichtdienst einsetzen. Reserven aus der Sachbearbeitung der PI gibt es nicht: „Der Bezirksdienst bearbeitet bis zu 90 Fälle im Monat, kommt kaum zum Außendienst.“ Ähnlich belastet ist die Jugendsachbearbeitung.

„Wenn es um die Besetzung von Stellen in anderen Einheiten geht, wenn AGs und Ermittlungseinheiten gebildet werden, wenn die Puppenbühne ins Leben gerufen wird, bei der Fahndung Personalersatz fällig ist, immer wird Personal aus dem Wechsel-

schichtdienst rekrutiert. Jugendsachbearbeiter stehen auf der Personalliste des Wechselschichtdienstes, jetzt sollen alle PI'en Verkehrssicherheitsfachbearbeiter schaffen“, kritisiert GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach. Und GdP-Geschäftsführer Thomas Will ergänzt: „Das ist alles in Ordnung – wenn man es sich personell leisten kann. Der Wechselschichtdienst der Polizei kann es nicht.“

Im Landtag wird der Wechselschichtdienst Thema. MdL Thomas Auler, FDP, will von der Regierung Aufklärung. Man darf auf die Antwort gespannt sein, denn laut ISM werden heute dem Wechselschichtdienst 3850 Polizistinnen und Polizisten zugeteilt, etwa so viel waren es auch 1993 bei der Neuorganisation der Polizei. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, dass in den meisten PI'en zwischen Orientierungs- und tatsächlicher Einsatzstärke ein Delta von 15–20% liegt und aufgrund des extrem gestiegenen Arbeitsanfalls eigentlich ein Drittel mehr Personal zur Verfügung stehen müsste.

Die GdP wird die Situation im Wechselschichtdienst am 3. September mit Innenminister Karl Peter Bruch besprechen. **TW**

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **20 JAHRE FRAUEN IN DER SCHUTZPOLIZEI**
Seite 2

■ **WERBUNG UND QUALIFIZIERUNG VON BERUFSANFÄNGERN**
Seite 3

■ **BERUFSREPORT**
Seite 4

■ **GdP BESUCHT ZPT**
Seite 5

■ **AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN**
Seite 8

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

psw-rp@gdp-online.de

psw-reisen-rp@gdp-online.de

Bereicherung und Normalität

Vor 20 Jahren wurden in die rheinland-pfälzische Schutzpolizei die ersten Frauen eingestellt. Eine überfällige Verstärkung für die Frauen in der Kriminalpolizei und ein Meilenstein für unsere Polizei, die seither auf dem besten Weg ist, die Existenz beider Geschlechter auch im Berufsleben als Bereicherung und Normalität zu empfinden.

Die Verbesserung der Qualität polizeilicher Arbeit durch die Beschäftigung von Frauen in Schutz- und Kriminalpolizei geht weit über die ganz praktische Bedeutung, z. B. bei der Durchsuchung von Frauen oder der Betreuung traumatisierter Frauen und Kinder, hinaus. Die Redaktion Deutsche Polizei nimmt das Jubiläum zum Anlass, in dieser und den nächsten beiden Ausgaben einige Kolleginnen zu Wort kommen zu lassen; den Start macht Chris Schäfer von der Kreisgruppe Mayen.

Christiane Schäfer ist Sachbearbeiterin im K/3 der KI Mayen. Sie ist in der Kreisgruppe aktiv und Mitglied des Bezirksgruppenvorstandes:



Kollegin Chris Schäfer im sichergestellten „Marihuana-Wäldchen“

„Nachdem 1987 in Rheinland-Pfalz die ersten Frauen in die Schutzpolizei eingestellt wurden, konnte ich 1988 meinen lange gehegten Berufswunsch ‚im eigenen Land‘ erfüllen.“

Nach wenigen Wochen bei der Bereitschaftspolizei waren fast alle Kolleginnen überzeugt, sich einen anderen Beruf suchen zu müssen, weil sie befürchteten, das Sportpensum auf Dauer nicht zu schaffen. Die sportlichen Leistungen beeinflussten das Lehrgangsergebnis damals noch erheblich. Die Allermeisten haben sich aber durchgebissen. Auch der anfangs noch sehr militärische Umgangston legte sich mit der Zeit und das Eindringen der Frauen in die Männerdomäne Polizei wurde am Standort Enkenbach-Alsenborn Alltag.

Dienstrock abgeschafft

Männliche und weibliche Auszubildende waren untereinander von Anfang an gleichberechtigt – mit einer Ausnahme – Frauen hatten einen dienstlich gelieferten Dienstrock aus Tuchstoff in der

Winterausführung, flache Slipper mit Lederbommel und dienstliche Feinstrumpfhose (40den plus!!). Und es kam der Tag, an dem wir den Rock tatsächlich anziehen mussten. Anlass war die Verabschiedung des Bürgermeis-

rungsphase das Eis gebrochen und fortan stand ich sogar unter dem persönlichen ‚Welpenschutz‘ des Kollegen und ich habe viel von ihm gelernt.

Die größte Angst der Kollegen war und ist vielleicht noch immer, mit einer Kollegin zu einer Schlägerei etc. rauszufahren. So auch in meinem ersten Praktikum geschehen. Der Auftrag lautete ‚Massenschlägerei vor einer Diskothek‘. Wir fuhren mit den Streifenwagen vor, ich stieg aus, setzte die Mütze auf und los ging es. Schon nach den ersten Schritten verlor ich die Dienstmütze, zog damit aber die Aufmerksamkeit auf mich. Die prügelnden Personen waren so überrascht, eine Frau in Uniform zu sehen, dass sich die Schlägerei für diesen Abend erledigt hatte. Auch so kann es gehen.

Nach etlichen Jahren bei der BePo kam ich als ‚Studierte mit Führungsausbildung‘ zur PI Andernach – und das mit nahezu null Einzeldienst erfahrung. Dank der Hilfe der gestandenen Schutzmänner, denen ich ja quasi vor die Nase gesetzt wurde, war auch diese konfliktträchtige Situation zu bewältigen und eine sehr schöne Zeit.


Der Kreis schließt sich

Seit dem Dienstzweigwechsel arbeite ich im K/3 bei der KI Mayen, witzigerweise zusammen mit dem Kollegen, der mich im ersten Praktikum versuchte, zu ignorieren und mich heute noch liebevoll als ‚Pans‘ bezeichnet. Damit kann ich sehr gut leben und habe meine Berufswahl bis heute nie bereut.“

Christiane Schäfer ist ein Beispiel dafür, dass der weibliche Nachwuchs der Kriminalpolizei grundsätzlich nur noch aus Beamtinnen der Schutzpolizei rekrutiert wird. Auch hier gibt es also keinen geschlechterbedingten Unterschied mehr.

In den nächsten Ausgaben kommen noch andere Kolleginnen der „1. Stunde“ zu Wort.

red



**Deutsche
Polizei**

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470

INNENMINISTERIUM

Täffler im Ruhestand

Dieter Täffler, langjähriger Personalreferent der Polizei im Innenministerium, ist mit Ablauf des Monats August in den Ruhestand getreten. Seit 1976 war er im Personalreferat der Polizeiabteilung tätig, die Leitung war ihm ab 1989 übertragen worden. Der Ltd. Ministerialrat entwickelte in dieser Zeit die Einstellungsplanung und die verschiedenen Beförderungskonzeptionen für die Polizei.

Ebenso zeichnet er für die stufenweise Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn der Polizei verantwortlich. Für die Jahrzehnte währende gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken der Hauptpersonalrat der Polizei und die Gewerkschaft der Polizei sehr herzlich und wünschen Dieter Täffler für den weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute.

TW Dank der GdP: Ernst Scharbach verabschiedet Dieter Täffler.



POLIZEINACHWUCHS

Neue Wege gehen

Landauf, landab diskutieren Experten und Laien über die Folgen, die Chancen und Risiken der **demographischen Entwicklung**. Auch die Polizei würde gut daran tun, sich rechtzeitig (!) auf die Entwicklung einzustellen. Die Industrie klagt heute schon im Ingenieurwesen über den Mangel an Fachkräften – nachdem sie es jahrelang sträflich versäumt hatte, ihren Nachwuchs auszubilden. Alle Mahnungen aus Politik und Gewerkschaften waren ungehört verhallt. Das sollte uns nicht passieren!

In den vergangenen Jahren konnten die Tester und Ranker noch eine große Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern testen und ranken. Das hat sich schon im Auswahlverfahren 2007 deutlich geändert. Die **Bewerberzahlen** sind **rückläufig**. Nach Auskunft des Bildungsministeriums wird zwar die Zahl der rheinland-pfälzischen AbsolventInnen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife bis 2014 noch deutlich ansteigen. Jedoch wird uns die Nachfrage aus der Wirtschaft mit ihrer besseren Bezahlung zunehmend Konkurrenz machen.

Aber auch aus völlig anderer Sicht könnten Änderungen bei der Nachwuchswerbung angesagt sein: Der Polizei ist es bisher bundesweit nicht wirklich gelungen, sich auf die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung einzustellen. Blieb bis 1987 die Hälfte der Bevölkerung aus dem Polizeiberuf ausgesperrt, so fehlt bisher die wirksame Integration der **Menschen mit Migrationshintergrund**. Was den Frauen Recht war, sollte den Migranten billig sein. Bereits unser ehemaliger Innenminister **Walter Zuber** hatte sich um dieses Thema bemüht.



Auszubildende bei der GdP-Infothek.

Ministerpräsident **Kurt Beck** hatte mit beamtenrechtlichen Ausnahmegenehmigungen Migranten ohne deutschen Pass den Weg in die Polizei geebnet. Der nachhaltige Erfolg blieb dennoch aus. Wie eine aktuelle Studie einer F-III-Bewerberin belegt, ist bereits die Hemmschwelle, sich bei der „deutschen“ Polizei zu bewerben, für Ausländer sehr hoch – aus den unterschiedlichsten Gründen. Bewirbt sich ein/e Migrant/-in, besteht er/sie häufig die Aufnahmeprüfung nicht. Ist diese Hürde genommen, fällt das Bestehen der FH-Prüfung trotz allem sehr schwer. Die Ergebnisse sind jedenfalls ernüchternd. Der **Landesvorstand der GdP** hat sich eingehend mit Lösungsmöglichkeiten befasst und schlägt vor, auf die vielschichtigen Probleme mit einer breiten Palette von Maßnahmen zu reagieren.

Eins steht fest: Gemessen an den Herausforderungen des täglichen Dienstes und der zunehmenden Europäisierung von Ausbildung und Aufgaben wird unsere Ausbildung nicht einfacher werden. Die Lösung liegt nicht im Absenken des Ausbildungsniveaus, sondern in der Hinführung der jungen Menschen auf die Ausbildungs- und Berufoanforderungen.

Ernst Scharbach

Landesentwicklungsprogramm ohne Polizei?
 Auch das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) befasst sich mit der demographischen Entwicklung. Bei abnehmender und alternder Bevölkerung beschreibt das Programm die vielfältigen Problembereiche. So werden Orientierungsrahmen für Mindestversorgungsstandards insbesondere in den ländlich geprägten Gebieten beschrieben. In „Zielwerten“ wird festgelegt, welche öffentlichen Einrichtungen in welcher Zeit erreichbar sein müssen. In der Auflistung finden sich Krankenhäuser, Pflegestationen, Theater, Bibliotheken, Schulen, Sportstätten, Gerichte, Finanzämter, Bahnhöfe ... (Ziff. 1.3 Tabelle 4).
 Nun ratet mal, welche öffentliche Einrichtung gänzlich in der Betrachtung fehlt?
 Richtig geraten: Die Polizei!
 Und dabei wurde das LEP IV im Innenministerium entwickelt – halt in einer anderen Abteilung ...

Auf den Hund gekommen

„Bleib lieber ein Stück zurück, wenn sie an der Leine ist, geht keiner an ihr Herrchen“, mit diesen Worten warnt mich Olaf Hirsch, als ich Ouzie, die Diensthündin, streicheln will. Olaf Hirsch ist der Staffelleiter der Diensthundestaffel (DHST) beim PP Mainz und seit fast 30 Jahren Diensthundeführer.

Die ersten neun Jahre seines Polizeilebens verbrachte der heute 53-Jährige im Einzeldienst, bevor er 1979 zur Hundestaffel wechselte. Ouzie ist sein vierter Diensthund. Aufgrund seiner Arbeit als Leiter kann er leider keinen Spezialhund mehr führen, Ouzie ist ein Schutz- und Fährtenhund, scherzhaft „Bell-, Beiß- und Guck-Hund“ genannt.

Als Staffelleiter verrichtet Olaf Tagdienst, in dem er die Schichtpläne, Sondereinsätze, Erfassung der Arbeitszeiten, Fahrzeugeinsatz und sonstige organisatorischen Dinge für seine 22 Hundeführerinnen und Hundeführer regelt und plant. Ein Zurückziehen auf diese Position ist für Olaf Hirsch aber undenkbar, er bringt sich regelmäßig in das Einsatzgeschehen ein, auch um seine Kollegen zu entlasten. Aktuell belaufen sich die Einsätze der gesamten Staffel bereits auf 2200, davon allein 250 Rauschgifteinsätze. Eingesetzt werden die Hundeführer mit ihren vierbeinigen Kollegen z. B. bei Fußballspielen, Volks- und Weinfesten, Demos, usw. und dies auch über die Präsidial- und Bundeslandesgrenze hinaus. In der Hundestaffel sind neben den Schutz- und Fährtenhunden Leichen-, Brand-, Sprengstoff- und Rauschgift-hunde eingesetzt, die nicht selten, auch auf Anforderung, im Ausland tätig werden.

Die Hundestaffel verrichtet Schichtdienst, in dem die Hundeführer neben ihrer Unterstützungsarbeit für die Dienststellen auch ganz normalen Streifen-dienst leisten. Insgesamt gese-



Olaf Hirsch, PP Mainz, mit seiner Diensthündin Quizie.

hen sind die Kollegen der DHST sehr stark belastet, die Überstunden der gesamten Staffel belaufen sich auf 9000–11000. Trotz dieser hohen Belastung bestätigt Olaf Hirsch die gute Stimmung und die hohe Motivation in der Staffel. Er weiß genau, dass er sich auf seine Truppe verlassen kann. Wenn da unvorhergesehen das Telefon klingelt, stehen die „Jungs und Mädels“ uneingeschränkt zur Verfügung.

Auch vor diesem Hintergrund ist der Hinweis durchaus nachvollziehbar, dass die Familie eines Hundeführers diese Aufgabe mittragen muss. Ohne den nötigen familiären Rückhalt sei es nicht möglich Hundeführer zu sein. Die Tatsache, dass der Hund über den aktiven Dienst hinaus in der Regel im Haushalt des Hundeführers bleibt – es ist halt doch mehr als ein vierbeiniger Kollege – verdeutlicht diese Aussage.

Außerdem ist es anscheinend gar nicht so ungefährlich einen Diensthund zu führen. Immer

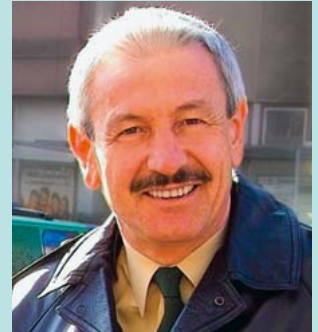
wieder kommt es im Training, aber auch im täglichen Dienst zu Verletzungen und Dienstunfällen. Meist zum Glück kleinere Verletzungen, bei denen der Hund z. B. den Beißarm um wenige Zentimeter verfehlt.

Neben seinen originären dienstlichen Aufgaben erstellt Olaf Hirsch mit einem weiteren Kollegen der Mainzer Hundestaffel für die umliegenden Ordnungsämter Hundegutachten, in denen die „zivilen“ Hunde nach Auffälligkeiten, auf ihre Gefährlichkeit hin überprüft werden. „Zum Glück kommt das nicht so oft vor, da diese Gutachten sehr zeitaufwendig sind.“ Auf die Frage, wie lange Olaf Hirsch noch Hundeführer bleiben möchte, folgt die klare Antwort: „Natürlich bis zur Pensionierung“. Diese Antwort macht deutlich, wie sich Olaf als Hundeführer mit seiner Arbeit identifiziert und das gilt, glaube ich, nicht nur für den Staffelleiter der Mainzer Hundestaffel.

Ingo Schütte

KURZ & KNACKIG

■ Jürgen Schmitt
Leiter PE beim PP Trier



Das PP Trier hat einen neuen Leiter PE. Jürgen Schmitt übernahm diese Aufgabe nach dem Wechsel von Dieter Frank zur Bereitschaftspolizei. Jürgen Schmitt war zuvor Leiter der PD Kaiserslautern. In der GdP war der in Freisen im Saarland wohnende Kollege über Jahre als Mitglied des Landesvorstandes und Vorsitzender des FA Schutzpolizei tätig.

■ Beihilfe

Die 2004 eingeführte Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe ist nach Urteil des VG Koblenz vom 22. 6. 2007, Az.: 6 K 67.07.KO, nichtig, weil sie sich nicht auf eine ausreichende gesetzliche Regelung stützt. Gegen nicht bestandskräftige Bescheide kann (auch von den Pensionären) Widerspruch eingelegt werden. Das reicht bis zu zwölf Monate zurück. Die GdP wird gesondert informieren, ob auch schon bestandskräftige Bescheide mit Rechtsmittel belegt werden können.

Die Landesregierung will jetzt die gesetzliche Regelung nachholen – und zwar rückwirkend bis 2004. Ob solch ein Rückgriff zulässig ist, ist umstritten.

Hinweis: Weitere Infos www.gdp-rp.de bzw. folgen per Mail und Seniorenbrief.

GdP BESUCHT DIE ZPT

PD Tack neuer Chef – ZPT zieht bald um

Zu einem ersten Informationsaustausch trafen sich Vertreter des Landesvorstandes und der Kreisgruppe ZPT mit Friedhelm Tack. Tack leitet seit 16. April diesen Jahres die Zentrale für Polizeitechnik in Rheinland-Pfalz. In einer lockeren Gesprächsrunde wurden Umzugspläne und technische Entwicklungen diskutiert.

Ernst Scharbach betonte, dass die ZPT in der rheinland-pfälzischen Polizei eine sehr bedeutende Schnittstelle darstelle. Interessiert zeigten sich die GdP-Vertreter insbesondere an den Umzugsplänen der ZPT. Die Dienststelle soll Ende April bzw. Anfang Mai nächsten Jahres ein neues Domizil im IBM-Gelände in Mainz-Hechtsheim beziehen.

Weiteres Thema: Das Softwareprogramm „Tempus“. Friedhelm Tack informierte, dass das Rolloutverfahren bei den Pilotdienststellen gestoppt wurde. Aktuell erfolgen Abstimmungen mit der beauftragten Firma GFOS. Gleichzeitig werden fachliche und rechtliche

Prüfungen hinsichtlich der weiteren Vorgehensschritte zur Nutzung dieser Software geprüft. Problematisch ist der Programmumfang. Rund 220 Pro-



Der GdP-Vorstand besucht die ZPT und den neuen Leiter Friedhelm Tack (Bildmitte in Uniform).

gramme sind Bestandteil von Tempus. Riesige Datenmengen und notwendige Server müssen die vielfältigen Programmschritte bearbeiten. Gleichzeitig gilt zu beachten, dass umfangreiche Systeme und Arbeitsschritte in den einzelnen Polizeidienststellen in die Software eingebunden

sein müssen. Dabei habe sich auch gezeigt, dass es sehr unterschiedliche Dienstzeitmodelle und Anwenderbedürfnisse gibt. Dies führt aber in der Praxis

rechtliche Schritte für das weitere Vorgehen prüfen.

Andere Bundesländer seien nach Kenntnis der GdP bereits mit der Erarbeitung von vergleichbaren Softwareprogrammen gescheitert. Ernst Scharbach und Helmut Knerr, zuständig für Technikfragen, sehen die ursprünglichen Einwände und Hinweise der GdP zur Tempusproblematik bestätigt. Die GdP habe immer gefordert, für bestimmte Notwendigkeiten im Bereich der Einsatz-, Langzeitplanungs- und Zeiterfassungsmöglichkeiten eine einfache und örtlich bezogene EDV-Software zu erarbeiten.

Die ZPT will ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken, um in der Polizei besser über Vorhaben und Arbeitsverläufe zu informieren. Dazu gehört auch die Darstellung von Personalbedarfen aus verschiedenen Projekten, denn oft entstehen aus den temporären Projektarbeiten dauerhafte Folgearbeiten.

Weitere Gesprächsrunden wurden vereinbart. **HK**

POLIZEIZULAGE

GdP fordert höheres Ruhegehalt

Die Polizeizulage soll künftig wieder in das Ruhegehalt einbezogen werden. Dazu fordert die GdP eine gesetzliche Regelung des Landes Rheinland-Pfalz. Anlass sind die von der GdP unterstützten Verwaltungsklagen von Kollegen gegen die seit 2004 auf 63 bzw. 65 Jahre angehobenen Altersgrenzen für den Ruhestand der Polizistinnen und Polizisten.

Die Landesregierung hatte vor drei Jahren gegen den heftigen Protest der Polizeibeamtinnen und -beamten und ihrer Gewerkschaft der Polizei die bisher bei 60 Jahren liegende Altersgrenze für die Ruhestandsver-

setzung um drei Jahre und für den höheren Dienst sogar um fünf Jahre angehoben. Das führt dazu, dass im nächsten Jahr ein Teil der betroffenen Beamtinnen und Beamten auch noch Einbußen beim Ruhegehalt in Kauf nehmen müssen. Wären sie nämlich bis zum Jahresende 2007 wie bisher mit 60 in Pension gegangen, so hätte ihr Ruhegehalt auch die Polizeizulage von 127,38 Euro umfasst. Das war ihnen 1998 per Bundesgesetz garantiert worden, als Bund und Länder gemeinsam ein Versorgungsreformgesetz verabschiedeten, mit dem für künftige Fälle die Ruhegehaltsfähigkeit

der Polizeizulage in Wegfall kommt.

Die GdP unterstützt mit Rechtsschutz zwei Kollegen, die ihre Ansprüche auf Zahlung der Polizeizulage im Ruhegehalt nun im Klageweg geltend machen.

Darüber hinaus fordert die GdP in einem Schreiben an die Landesregierung, die eigene gesetzgeberische Kompetenz nach der Föderalismusreform zu nutzen und die Polizeizulage künftig wieder allen Polizeibeamtinnen und -beamten im Ruhegehalt zu zahlen. Die Initiative der GdP zielt auch darauf ab, die überzogen festgesetzten Alters-

grenzen für die Polizei wieder aufzuheben oder zumindest die Ausnahmeregelungen für einen Ruhestand mit 60 zu erweitern und zu flexibilisieren. **TW**

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-rp.de
 0 61 31/9 60 09 31

Tempus gestoppt

Auf Grund der Probleme, die sich während des Rollouts ergaben, wird die gesamte Anwendung **TEMPUS** auf den Prüfstand gestellt. Die vielen gewünschten Anforderungen überfordern die Software.

Die **AG ZPT** hatte geprüft, welche Aufgaben an die IT-Zentralstelle übergeben werden könnten, resp. bei welchen es sich um polizeispezifische Anwendungen handelt. Neben der bereits verlagerten Zuständigkeit bei der Beschaffung von Standard-Hard- und Software ergab die Prüfung, dass in den übrigen Teilbereichen der Polizei deutlich überwirgt. Eine Optimierung des Personaleinsatzes bei der **Hauptvermittlung** soll näher geprüft werden.

Die Vertreterin der Tarifbeschäftigten im HPRP Margarethe Relet regte beim Innenminister an, die **Besitzstandszulagen** für Beschäftigte im **Schreibdienst** auch beim Wechsel in den neuen TV-L beizubehalten. Mit der Änderung des Aufgabengebietes könnten sich die Beschäftigten ansonsten schlechter stellen als vorher.

Der HPRP hat dem Rundschreiben „**Krisenintervention**“ (**KIT-Pol**) zugestimmt – allerdings befristet bis zum 31. März 2009. Als wesentliche Neuerung wird ein Bereitschaftsdienst eingerichtet. Aufwand und Nutzen sollen bis Ende 2008 erhoben werden und als Grundlage der weiteren Beschlussfassung im März 2009 dienen.



Der HPRP wird die TeilnehmerInnen am Trageversuch der **neuen Uniform** zu einem Gespräch einladen, um – unabhängig von den Rückmeldungsmöglichkeiten des Fragebogens – einen Eindruck von den Ergebnissen zu erhalten. Ferner sollen konkrete Änderungsvorschläge

insbesondere zu den verwendeten Stoffen erarbeitet werden.

*Dieter Kronauer,
Margarethe Relet
(Polizeibeschäftigte),
Ernst Scharbach (Beamter)*

SS-SONDERLAGER / KZ HINZERT

Wichtiges Thema für die Ausbildung

Zu einem Austausch zwischen Luxemburger und Trierer Polizistinnen und Polizisten sowie unseren Senioren über die Geschichte des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert hatte die GdP eingeladen. Die GdP-Bezirksgruppe Trier wollte gerade vor dem Hintergrund des Versuchs der Neonazis, in Gonzerath ein Schulungszentrum einzurichten, dieses Thema aufgreifen, um über das dortige „Flaggezeigen“ hinaus ein Zeichen gegenüber unseren Freunden der Luxemburger Polizei zu setzen.

Josef Schumacher brachte in seinem Eingangsreferat das Thema auf den Punkt, indem er die Aussage des Landtagspräsidenten Joachim Mertes bei der Protestkundgebung in Gonzerath am 3. März wiederholte: „Wenn die Neonazis Schulungsbedarf haben, dann sollten sie sich die Geschichte des Schandflecks Deutscher Geschichte in Hinzert einmal vermitteln las-

sen.“ Josef Schumacher weiter: „Wenn man eine Veranstaltung unter dem Thema ‚Geschichte nicht vergessen‘ durchführt, dann muss man auch aus unserer Sicht die Geschichte der Polizei in der Zeit des Naziterrors betrachten.“ Die Geschichte des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert wurde durch Herrn Georg Mertes, Mitglied des dortigen Fördervereins, den Teilnehmern in eindrucksvoller Weise geschildert. Ein Gang durch die Gedenkstätte rundete das Bild, das sich dem Zuhörer geboten hatte, ab. Betroffenheit bei den zwan-

zig Teilnehmern aus Luxemburg und Trier war deutlich zu verspüren. Besonders der Besuch der Hinrichtungsstätten im Wald bei Hinzert hinterließ Spuren des Entsetzens und der Trauer bei den Teilnehmern. Durch den Vorsitzenden der GdP-Seniorengruppe, Egon Lichtmeß, ehemaliger Leiter der PI Schweich, sowie durch den ehemaligen Chef der Polizei in Wasserbillig, Theo Schaefer, wurde am Mahnmahl auf dem Gelände des Lagers zum Gedenken der Opfer ein Blumengebilde niedergelegt. Von Teilnehmern, die

die Zeit der Gräueltaten noch als Kind miterlebt haben, wurden die damaligen Ereignisse aus ihrer Sicht geschildert. Abschließend stellte Josef Schumacher fest: „Für alle Teilnehmer war es eine wichtige Veranstaltung; über 60 Jahre leben wir nunmehr in Frieden miteinander. Wir erleben heute ‚Freundschaft ohne Grenzen‘ – aber wir dürfen die Geschichte nicht vergessen.“

Zwischenzeitlich erhielten wir auch von unseren Freunden aus Luxemburg die Rückmeldung, dass sich der Generaldirektor der Luxemburgischen Polizei mit dem Vorschlag, die Geschichte des Sonderlagers Hinzert im dortigen Schulunterricht aufzunehmen, befassen wird. Josef Schumacher hat der Leitung der FH der Polizei Rheinland-Pfalz parallel vorgeschlagen, den Besuch der Stätte als Studienveranstaltung aufzunehmen. red



Die GdP-Bezirksgruppe Trier besuchte das ehemalige SS-Sonderlager/KZ Hinzert.

GdP-Gruppenreise

Skiurlaub in Belle Plagne/Frankreich vom 5. 1.–12. 1. 2008



Sie wohnen in der Residenz „Les Chalets des Aroles“, die aus 5 Chalets besteht. Fast alle Chalets liegen am Fuße der Pisten. Zu den Geschäften, Bars und Restaurants sind es nur wenige Meter. Alle Wohnungen sind eingerichtet mit: Kochnische mit mind. 2 Kochplatten, Kühlschrank, Mikrowelle oder Minibackofen, Spülmaschine, Kaffeemaschine, Bad oder Dusche mit WC, Fernseher und Telefon (gegen Gebühr), Staubsauger, Balkon oder Terrasse.

Preise: Studio bis 4 Pers. (22 qm) **ab 463,- Euro p.P.**
 Studio bis 4 Pers. (25 qm) **ab 470,- Euro p.P.**
 Studio bis 5 Pers. **ab 459,- Euro p.P.**
 2-Zimmer-Wohnung bis 6 Personen **ab 464,- Euro p.P.**

Inklusive:

- * 7 Übernachtungen
- * Halbpension
- * 6-Tage-Skipass für La Plagne, Skipass für Paradiski gegen Aufpreis möglich
- * 3 Euro Pfand für die Skipässe (werden vor Ort rückerstattet)
- * Bettwäsche / 2 Geschirrtücher
- * Reiserücktrittskosten-Versicherung, inkl. Reiseabbruch der ELVIA
- * alle Steuern und Abgaben, außer Kurtaxe

Service-Komfortpaket fakultativ zubuchbar: Gemachte Betten bei der Ankunft, Handtücher (2 pro Person), Fernseher, Reinigungsset, Endreinigung (außer Kochnische und Geschirr): 25 Euro p. P.

Preise/Durchführung nur gültig ab einer Teilnehmerzahl von 20 Personen.
Keine Reiseleitung vor Ort!

Anmeldeschluss: 14. 10. 2007!



Infos unter:

PSW-Reisen RP GmbH
 Tel. 0 61 31/9 60 09 23
 Fax: 0 61 31/9 60 09 22
<http://www.psw-reisen.de>
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Überflieger!
5 x Testsieger bei
Stiftung Warentest.

STIFTUNG WARENTEST
TESTSIEGER
 Bausparkassen im Vergleich
 5 x Platz 1: Die SIGNAL IDUNA Bauspar AG
FINANZtest® 11/2006
www.finanztest.de

Bauen Sie auf den Testsieger! Wir beraten Sie gern.
Ein Angebot der SIGNAL IDUNA Bauspar AG.

SIGNAL IDUNA 
 Versicherungen und Finanzen

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe ● DBV Stefan Frey ● Roßmarkt 10 ● 60311 Frankfurt
 Telefon (0 69) 29 85-5 03 ● Telefax (0 69) 29 85-4 44

Elvis lebt!

Unter dem Motto Polizei für Bürger – Bürger für Polizei stellte die KG PD Kaiserslautern den diesjährigen Ball der Polizei statt.

Der Kreisgruppen-Vorsitzende Heinz Rahm konnte eine ansehnliche Kulisse von fast 250 Gästen in der altherwürdigen, neu renovierten guten Stube der Stadt Kaiserslautern begrüßen. Die Fruchthalle bebte, als der in Insiderkreisen schon bekannte **King of Memphis** die Bühne betrat und in seinem gelungenen Outfit an den „wahren“ King erinnerte und die Zuschauer in Erinnerungen schweifen ließ. Unter dem Motto **Elvis lebt** bot der gebürtige Saarländer, ein Kolle-



Sigi Oster alias Elvis

Foto: Hilmer

ge der Bundespolizei, eine rundum gelungene Show- und Ge-

sangsdarbietung, begleitet von der Band **The Celebrations**. Den

darbietenden Anfang machten jedoch die Entertainer **Perry und Eve**, die mit ihrem gelungenen Programm die Gäste schnell in Stimmung brachten. Gerade **Perry** mit seinem vielseitigen Repertoire bestach nicht nur durch seine Moderation, sondern auch mit seinen perfekten Zauberkünsten und seinem Talent als Bauchredner, das die Gäste mit Standing Ovations honorierten. In den Programmpausen waren die zahlreichen Gäste nicht nur an der Theke gefragt, sondern hatten genügend Gelegenheit, selbst das Tanzbein zu schwingen, was alles in allem zu einer gelungenen Ballnacht beitrug. **Werner Hilmer**

BUCHBESPRECHUNG

Die Föderalismusreform ist beschlossen, das Beamtenrecht in Bewegung. Bund und Länder regeln künftig Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht ihrer Beschäftigten in eigener Zuständigkeit. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich das öffentliche Dienstrecht in Bund und Ländern stark auseinanderentwickeln wird. Da ist es gut, immer auf dem Laufenden zu sein.

Die 9., überarbeitete Auflage des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ informiert – übersichtlich gegliedert und verständlich geschrieben – über die neuen Entwicklungen. Das Buch bietet auf 308 Seiten Informationen, Praxisbeispiele, Zahlen, Synopsen und Besoldungstabellen.

GdP-Mitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro zzgl. Versandpauschale.

Bestellungen:
per Post: INFO-SERVICE
Öffentlicher Dienst/Beamte,



Höherweg 270, 40231 Düsseldorf;
telefonisch: 01 80/5 83 52 26;
per Fax: 01 80/5 32 92 26;
E-Mail: infoservice@beamteninformationen.de
oder im Internet: www.beamteninformationen.de

RECHTSPRECHUNG

BAG-Entscheidung zur Arbeitszeitregelung nach BAT-Kündigung

Arbeitsvertragliche Regelungen der Arbeitszeiten durch Verweisung auf die für vergleichbare Beamte geltenden Vorschriften des Arbeitgebers sind wirksam.

Nach Kündigung der Arbeitszeitvorschriften des BAT/MT-Arb zum 30. April 2004 haben die Arbeitgeber bei Neueinstellungen und bei Änderungsverträgen eine Klausel in den Arbeitsvertrag aufgenommen, nach der rechnerisch die für Beamte geltende Wochenarbeitszeit (40 Stunden) Anwendung findet. Hiergegen hatte eine Betroffene in Bremen geklagt und das Landgericht gab ihr Recht. Aus Sicht der Kammer hatte das Land unzulässigerweise eine Vertragsklausel verwendet, die eine einseitige Änderung der Vertragsinhalte enthielt. Das Land Bremen ging daraufhin in Revision und das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 14. März 2007 die Bezugnahme auf die Arbeitszeit für Beamte

als wirksam angesehen. Aufgrund des LAG-Urteils hatten betroffene Tarifbeschäftigte der Polizei Vergütungsansprüche für die längere Arbeitszeit gestellt. Diese Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, dass das Urteil nicht auf die im Land verwendeten Vertragsklauseln übertragen werden kann. Durch das BAG-Urteil wird die Entscheidung nun bestätigt.

BAG 5 AZR 630/06 vom 14. März 2007

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-reisen.de
0 61 31/9 60 09 23